

Antrag 42/I/2020**KDV Tempelhof-Schöneberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme 41/I/2020 (Konsens)****Modernisierung und Digitalisierung der Öffentlichen Verwaltung vorantreiben**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordneten-
2 hauses und des Senates von Berlin werden gebeten un-
3 verzüglich dafür Sorge zu tragen, dass für Beschäftigte
4 in ausreichender Weise die technische Ausstattung sowie
5 die damit verbundenen geschützte Zugänge außerhalb
6 der Dienstgebäude zur digitalen Infrastruktur der öffent-
7 lichen Verwaltung geschaffen werden, damit es den Be-
8 schäftigten ermöglicht wird, im Homeoffice den Alltags-
9 betrieb der Leistungsverwaltung aufrecht zu erhalten.

10

11

12 Begründung

13 Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die Beschäftigten
14 in der öffentlichen Verwaltung ihre Dienstgeschäfte nicht
15 in ausreichendem Maße von zu Hause aus ausüben kön-
16 nen. Hieraus ergeben sich Nachteile für die Menschen der
17 Stadt, die auf die Dienstleistungen angewiesen sind.

18 An einigen aufgezeigten Beispielen wird deutlich, dass die
19 Berliner Verwaltung als moderner Dienstleister den erfor-
20 derlichen Ansprüchen nur wegen der fehlenden techni-
21 schen Ausstattung nicht nachkommen kann: So wurden
22 z.B. in der Bauverwaltung Anträge nicht angenommen, er-
23 teilt oder beschieden. "Der reguläre Dienst des Stadtent-
24 wicklungsamtes ruht deshalb bis auf weiteres. Anträge
25 und Anliegen können daher nicht bearbeitet werden. Wir
26 bitten, bis auf weiteres von Anträgen und Anliegen abzu-
27 sehen." So die Internetseite am 9.5.20. Die Auswirkungen
28 auf die Bautätigkeit sind gravierend.

29 Auch das Landesverwaltungsamt hat seine Dienstge-
30 schäfte heruntergefahren zum Nachteil der Beihilfebe-
31 rechtigten. So bittet das Landesverwaltungsamt seine Be-
32 rechtigten um Verständnis dafür, "dass das Landesver-
33 waltungsamt sein Dienstleistungsangebot stark einge-
34 schränkt" hat und "Alle Publikumsbereiche ... geschlos-
35 sen!" sind. "Die Anwesenheit und Erreichbarkeit des Per-
36 sonals ist herabgesetzt!" (Die Ausrufezeichen, was auch
37 immer sie bedeuten sollen, sind im Originaltext gesetzt)
38 Im Ergebnis bedeutet das, dass die Bearbeitung von Anträ-
39 gen zurzeit 8 Wochen dauert. Die Berechtigten allerdings
40 müssen ihre Rechnungen innerhalb von 30 Tagen bezah-
41 len.

42 Diese Beispiele zeigen, dass eine Veränderung dringend
43 erforderlich und dies durchaus technisch möglich er-
44 scheint. Mit Nachdruck muss die erforderliche technische
45 Ausstattung zur Verfügung gestellt und beschafft wer-
46 den. Nicht zu erklären ist, dass die Beschäftigten ihren
47 dienstlichen Obliegenheiten nicht nachkommen können,
48 weil das erforderliche Equipment nicht zur Verfügung

49 steht. Ein Großteil der Dienstleistungen lässt sich durch-
50 aus auch elektronisch außerhalb des Dienstsitzes erledig-
51 gen. Die Beschäftigten werden stattdessen in Teilen nach
52 Hause geschickt.

53 In anderen Dienstleistungs-Bereichen erhalten die Be-
54 schäftigten im Übrigen in diesen Fällen Kurzarbeitergeld.
55 Im öffentlichen Dienst läuft das Gehalt weiter – auch die-
56 ser Umstand ist außerhalb des öffentlichen Dienstes nie-
57 mandem zu erklären. Insofern sollten die Bedingungen
58 geschaffen werden, dass auch außerhalb des Dienstge-
59 bäudes Dienstgeschäfte erledigt werden können. Hierfür
60 sind neben den technischen Voraussetzungen auch die or-
61 ganimatorischen, ergonomischen und finanziellen Bedin-
62 gungen zu gewährleisten.